

Politik für die Zukunft

Wahlprüfsteine des Wasserkraftverbandes Mitteldeutschland e.V. zu den Landtags- und Europawahlen 2019

Der Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V. hat allen derzeit im Deutschen Bundestag oder in den Länderparlamenten vertretenen Parteien, die nach aktuellen Umfragedaten mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Landtag einziehen werden, im Vorfeld der Landtagswahlen einen Fragenkatalog vorgelegt.

Die Parteien wurden zu Ihren Plänen zu Erneuerbaren Energien, sowie speziell zur Wasserkraft mit den Schwerpunkten Forschung, Klimaschutz und Energiewende befragt. Auch die Einstellung der Parteien zu Erkenntnissen der Wissenschaft und zur Förderung der Erneuerbaren Energien ist uns wichtig.

1. Wissenschaftlicher Einfluss auf politische Entscheidungen

Wie wollen Sie sicherstellen, dass wissenschaftliche Fakten in ausreichendem Maße bei politischen Entscheidungsfindungen Berücksichtigung finden?

CDU Die Kommission lässt jeden ihrer Gesetzesvorschläge wissenschaftlich prüfen. Dies gilt auch für die Gesetzesfolgenabschätzung. Dazu steht ihr ein Team an Wissenschaftlern zur Verfügung. Nähere Informationen finden Sie hier: <https://ec.europa.eu/research/sam/index.cfm?pg=hlg>

Auch das Europaparlament lässt sich bei den Beratungen wissenschaftlich beraten und gibt Studien in Auftrag. Unterstützung findet es dabei durch das „Panel for the Future of Science and Technology (STOA)“. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://www.europarl.europa.eu/stoa/en/about/history-and-mission>.

SPD Bereits jetzt laden die Fachausschüsse im deutschen Bundestag/ in den Landtagen Sachverständige/WissenschaftlerInnen zu Anhörungen ein und ziehen sie im Zuge der Vorbereitung eines Gesetzes zur Beratung hinzu. Darauf möchten wir auch in Zukunft setzen und Gesetzesvorhaben mit Studien untermauern.

Grüne Dafür gibt es in erster Linie Anhörungen in den Ausschüssen zu Entscheidungen des Landtages. Die Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt zudem durch Enquete-Kommissionen zu wichtigen Zukunftsfragen.

Linke Wissenschaftliche Erkenntnisse und Fakten kommen dann bei politischen Entscheidungsfindungen zum Tragen, wenn es gute Kommunikationswege zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, industriellen, gewerblichen oder weiteren Einrichtungen und politischen Gremien sowie regelmäßige Erfahrungsaustausche zwischen diesen Partnern gibt. Dies stärkt auch das gegenseitige Vertrauen und führt zu mehr Verlässlichkeit auf allen Seiten.

AfD Die AfD zeichnet sich durch ihre hohe Kompetenz in den politischen Entscheidungen aus. In den Landes- und Bundesausschüssen werden die politischen Entscheidungen durch erfahrene Wissenschaftler und Ingenieure an Instituten und der Industrieforschung sowie Praktikern vorbereitet. Die Entscheidungsfindung wird geleitet von der technologischen Reife und Machbarkeit sowie der komplexen Gesamtauswirkung wie Verhältnismäßigkeit zu den Kosten und Verantwortung für die Gesellschaft. Die AfD steht für eine ideologiefreie und wirtschaftsfreundliche Sachpolitik.

FDP Wissenschaftlichkeit ist die Grundlage unserer Klimapolitik, wir nehmen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse für den Einfluss des Menschen auf das Klima ebenso ernst wie die ökonomischen Analysen von klimapolitischen Handlungsalternativen. Das Klima der Erde ist ein sehr komplexes System, das von vielen Faktoren beeinflusst wird und dessen Entwicklung nur schwer vorausgesagt werden kann. Jeglichen Versuchen, die Schreckensszenarien des Klimawandels zu instrumentalisieren und Ängste zu schüren, um gesellschaftspolitische ideologische Ziele durchzusetzen, erteilen wir Freie Demokraten eine klare Absage. Niemand kann heute schon genau wissen, welchen Verlauf der Klimawandel nimmt und welche Antworten er morgen erfordert. Für uns ist der Klimawandel stattdessen ein gesellschaftliches Lernprogramm, in dem wir uns über Klimaveränderungen und die Konsequenzen von Klima-Innovationen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik fortlaufend verständigen wollen.

2. Deutschland genießt weltweit einen Ruf als vorzüglicher Standort für Wissenschaft und Technik, insbesondere auch im Bereich der Erneuerbaren Energien:

a) Was sieht Ihr Partei-Programm vor, um dieses hohe Niveau zu halten oder zu stärken?

CDU Für die Fragen unter 2. möchte ich die einschlägige Stelle aus dem Europawahlprogramm der CDU zitieren:

Energieunion: Unser Europa sorgt für eine sichere Energieversorgung.

Wir wollen, dass Energie sicher, sauber und bezahlbar bleibt. Besonders wichtig ist uns der europaweite Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien – nicht nur in einzelnen Ländern. Wir wollen den europäischen Energiemarkt dazu stärker vernetzen und Innovationen fördern. Denn ein funktionierender Energiebinnenmarkt erhöht die Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung in Europa. Vor allem brauchen wir die noch bessere Verknüpfung des Stromnetzes in Europa. So können wir die unterschiedliche Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien noch besser ausgleichen und den Mix unterschiedlicher Energieträger in Europa noch besser nutzen. Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen. Klar ist: Der Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft darf nicht durch emissionsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzt werden.

Energiesicherheit heißt für uns: Vielfalt im Angebot und auf dem Transportweg. Bei der Erdgasversorgung darf sich Europa nicht von einzelnen Ländern abhängig machen. Wir setzen deshalb darauf, die Versorgung breit abzustützen.

SPD Wir wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Investitionen in die Energieeffizienz dürfen da nicht zu kurz kommen. Sie sind der wirtschaftlichste Weg für die europäische Energiewende und unterstützen das Ausbauziel für erneuerbare Energien konsequent. Das heißt für uns verstärkte Anstrengungen beim Gebäudebestand, der Sektorkopplung, Speichertechnologien oder zum Beispiel die Nutzung industrieller Abwärme. Die SPD spricht sich zudem für eine Aufstockung der Forschungsfördermittel aus, welche Innovationen zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität vorantreibt. Unsere VorreiterInnenrolle im Bereich der erneuerbaren Energien erfordert vor allem ein gemeinsames strategisches Vorgehen unterschiedlicher staatlicher sowie privatwirtschaftlicher AkteurInnen. Es braucht eine aktive und nachhaltige Industriepolitik. Wir wollen mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte. Ein Schwerpunkt kann die Schaffung einer Batteriezellfertigung sein und eine neue europäische Kooperation zur Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie zur marktfähigen Produktionsketten.

Grüne In einer sich rasant verändernden Welt werden Hochschulen und Wissenschaft wichtiger denn je. Das Wissen, das sie schaffen und vermitteln, hilft, Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung oder Globalisierung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts anzugehen. Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Innovationsmotoren, die sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen orientieren sollten. Angesichts von Fake News und zunehmender Wissenschaftsleugnung wollen wir die Rolle von Hochschulen im gesellschaftlichen Diskurs stärken. Nach einer Phase von Kürzung und Stagnation wollen wir den Stellenwert von Hochschule und Wissenschaft wieder erhöhen. Auf einer soliden finanziellen Grundlage und mit mehr Gestaltungsspielraum sollen die Hochschulen ihre Potenziale voll entfalten können.

Nach der Entwicklung einer Technologie fehlt oft das Geld, die Lücke zwischen Forschung und Markt zu schließen. Hier ist das Bereitstellen gezielter finanzieller Förderung in Form einer Validierungsförderung notwendig. Sie ermöglicht den Nachweis der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, privates Kapital zu akquirieren und eine Idee zur Serienreife zu bringen. Mit der sogenannten Validierungsförderung wollen wir in Sachsen ein drängendes Problem des Technologietransfers lösen. Die aktuell fehlende Brückenfinanzierung zwischen Forschung und Verwertung wirkt sich nachteilig auf einen erfolgreichen Technologietransfer aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Unternehmen aus. Im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der sächsischen Wissenschaftslandschaft kommen zu wenige Forschungsergebnisse tatsächlich in der sächsischen Wirtschaft an.

Linke Nach unserer Überzeugung muss so bald wie möglich die Energieversorgung ausschließlich auf der Basis erneuerbarer Energiequellen erfolgen, weil z.B. Atomkraft unübersehbare negative Folgen für die Menschen oder die Kohle nachweislich schwere Auswirkungen auf das Klima in sich bergen. Hier müssen noch mehr konkrete Taten folgen, damit Deutschland seinen guten Ruf nicht verliert. Regenerative Energieformen, z.B. von den Ressourcen Sonne, Wind, Wasser oder Biomasse, stehen fast unbegrenzt zur Verfügung und können zudem dezentral genutzt werden. Thüringen setzt sich das Ziel, spätestens bis zum Jahr 2014 den Energiebedarf bilanziell vollständig aus erneuerbaren Quellen zu decken.

AfD Deutschland verfügt über eine differenzierte Hochschullandschaft von Universitäten, Fachhochschulen und Akademien. Diese wollen wir unabhängiger von politischen und ideologischen Einflüssen machen. Die AfD fordert deshalb, die oft politisch-ideologische Vergabe von staatlichen Drittmitteln durch eine Erhöhung der Grundfinanzierung zu ersetzen. Wissenschaftler sollen ohne Zwänge in ihrer Forschung gefördert werden.

FDP Wir wollen ein Europa mit einer dynamischen Wirtschaft. Wir wollen Europas Potentiale für Wachstum und Wohlstand in all seinen Regionen entfalten. Der EU-Binnenmarkt ermöglicht diesen Fortschritt. Mit der Vollendung des Binnenmarktes bei Digitalisierung sowie durch gemeinsame Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur können wir diesen Fortschritt auf die nächste Stufe heben. Ebenso brauchen wir faire Wettbewerbsregeln und Chancen sowie weniger Bürokratie für unseren Mittelstand. Denn kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Sie sind Motor für Wachstum und Innovation und Jobgaranten für viele Menschen, gerade auch in ländlichen Regionen. Speziell im Bereich der erneuerbaren Energieträger setzen wir auf klimaschonenden Wettbewerb statt Subventionen. Mit unserem Modell eines sektorenübergreifenden Emissionshandels wird dezentrale klimaneutrale Stromerzeugung wettbewerbsfähiger.

b) Welche Rolle spielen dabei die europäischen Forschungsförderprogramme? Sollte man sich da stärker engagieren oder die Ressourcen eher in Deutschland investieren?

CDU Die EU hat ein ambitioniertes Forschungsrahmenprogramm auf den Weg gebracht: mit Horizont Europa, dem Nachfolger von Horizont 2020, ist das künftige Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (FuI) für den Zeitraum 2021-2027. Es ist die Leitinitiative zur Förderung von FuI, vom Entwurf bis zur Vermarktung, und es ergänzt die nationale sowie regionale Finanzierung. Denn gemeinsame Forschung in Europa ist besonders wichtig: Europas Wachstum und Wohlstand in der Zukunft hängen von seiner Fähigkeit ab, in Forschung und Innovation weltweit führend zu bleiben.

Horizont Europa bietet die Mittel um in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Altern, Sicherheit, Umweltverschmutzung und Klimawandel angehen können. Dazu gehören auch Programme im Bereich Energieforschung.

SPD Wir brauchen exzellente Forschung und Entwicklung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können. Die SPD will, dass alle EU-Mitgliedstaaten das Ziel erreichen, bis 2025 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren. Dazu sollen die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zusammen mit der Europäischen Union zu verbindlichen Verabredungen kommen. Unser Ziel ist es, allein in Deutschland bis 2025 einen Anteil von 3,5 % am BIP zu erreichen. Gleichzeitig gilt es die Europäischen Forschungsrahmenprogramme durch Vernetzung, interdisziplinären Austausch und zwischenstaatlichen Kooperationen stärken. Die SPD will dazu beitragen, dass die Europäische Forschungsförderung darauf ausgerichtet wird, Innovation zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln. Dazu gehört vor allem die F&E neuer Antriebstechnologien. Gleichzeitig gilt es, die Forschung zu den sozialen Folgen des Klimawandels, der Klimaanpassung und der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft zu fördern.

Grüne Beides ist notwendig. Sowohl europäische Bündelung für große Forschungsvorhaben als auch regionale Förderung kleinerer Projekte.

Linke Prozesse der Globalisierung machen selbstverständlich auch nicht Halt vor breit angelegten Bereichen der Forschung. Wir möchten aber, dass sich Deutschland und der Freistaat Thüringen auch künftig diesbezüglich stark engagieren und insbesondere den Mittelstand einbeziehen und fördern. Wenn regional stärker investiert wird, sowohl in Wirtschaftsprozessen als auch in Wissenschaft und Forschung, ist dies auch ein Beitrag für Ressourcenschonung und Klimavorsorge, weil Transportanforderungen und damit Treibhausgasemissionen reduziert werden können.

AfD Eine pauschale Festlegung zur Forschungsförderung entspricht nicht unseren Vorstellungen. Wir befürworten sowohl bi- und multilaterale Forschungsprojekte zwischen einzelnen Staaten wie sie bei CERN, ITER oder Wendelstein7X erfolgreich exerziert werden, ebenso wie Forschungsprojekte, die sich an nationalen Erfordernissen ausrichten.

FDP Wir Freie Demokraten wollen die existierenden exzellenten Forschungszentren in der Europäischen Union (EU) stärker vernetzen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse haben keine Staatsbürgerschaft, sondern fördern den Fortschritt überall in unserer Gesellschaft und der Welt, wenn wir sie teilen. Im Haushalt der EU soll Forschung künftig ein stärkerer Förderungsschwerpunkt sein. Wir setzen uns für die Freiheit der Forschung ein und fordern dementsprechend, dass bei der EU-Forschungsförderung nicht politische Interessen die Schwerpunkte vorgeben. Außerdem soll die EU bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit der Forschungszentren verstärkt unterstützen.

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa des wissenschaftlichen Austausches schaffen. Im zunehmenden internationalen Wettbewerb können die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nur gemeinsam Spitzenreiter in Forschung und Innovation sein. Der Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern untereinander sowie mit der Gesellschaft, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten muss erleichtert werden. Die digitale Revolution schafft auch in der Wissenschaft neue Möglichkeiten. Auf Basis des europäischen Forschungs-Rahmen-Programms „Horizont Europa“ muss ein digitaler Austausch unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jederzeit gewährleistet werden. Hierzu gehören die dezentrale Bereitstellung von Materialien für Open Data und die digitale Durchführbarkeit von PhD- oder anderen Forschungsprojekten. In diesem digitalen europäischen Netzwerk für Wissenschaft und Forschung muss der Schutz des geistigen Eigentums gewahrt bleiben.

Gleichzeitig wollen wir die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Ergebnissen, die mehr als 50 Prozent durch europäische Forschungsförderung finanziert wurden, durch Open Access zum Standard machen. Schutz von geistigem Eigentum und Nutzungsrechten der Forscher, Institute und forschenden Wirtschaft bleiben hiervon unberührt. Dies verbessert die stark begrenzte Verfügbarkeit, besonders die zu hohe Schwelle zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Innovation und macht die europäische Forschungsförderung zu einem Beschleuniger im internationalen Wettbewerb.

c) Wie wollen Sie die deutsche Industrie anderen gegenüber wettbewerbsfähig machen und ein Klima für mehr Unternehmensgründungen schaffen?

CDU Struktur- und Investitionsfonds wollen wir zukünftig noch stärker auf Projekte ausrichten, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen die Innovationsunion: Unser Europa hat seit jeher Maßstäbe für Fortschritt gesetzt. Im Bereich der Normierung, Zertifizierung und beim Datenschutz ist Europa Weltmarktführer. Bei der Digitalisierung muss Europa schneller werden. Daher arbeiten wir an einem europäischen Mobilfunknetz 5G und einheitlichen IT-Datenstandards für Computer und alle Arten von digitalen Geräten. Zur anstehenden Überarbeitung der Datenschutzgrundverordnung soll auf EU-Ebene ein Innovations-Board eingerichtet werden, um die Grundverordnung innovationsoffen, zukunftsweisend und gerade für Mittelstand, Gründer und Ehrenamtler anwendungsfreundlicher zu gestalten. Nur so werden wir langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern. Wir wollen die Gründungskultur in Europa stärken. Dafür ist es notwendig eine einheitliche europäische Start-Up-Definition festzusetzen und so die Hemmnisse für Start-ups durch Vorschriften zu beseitigen sowie gezielt die Finanzierung von Unternehmensgründungen zu verbessern.

SPD Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede – sowie der breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen. Während andere Staaten in den vergangenen Jahrzehnten einseitig auf Dienstleistungen und die Finanzwirtschaft gesetzt haben, haben wir darauf geachtet, die ganze Bandbreite unserer Wirtschaft zu erhalten. Im Gegensatz zu anderen Ländern haben wir in Deutschland deshalb nach wie vor eine starke Industrie. Diese breite Basis wollen wir weiter ausbauen. Beispielsweise wollen wir, dass Deutschland der Standort der führenden Automobilindustrie bleibt. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch. Deshalb ist der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in Deutschland von zentraler strategischer Bedeutung. Hiervon wird abhängen, ob wir auch in Zukunft die gesamte Wertschöpfung des Automobils abdecken können. Zudem wollen wir den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden werden wir daran arbeiten, dass Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland wird. Dafür ist es wichtig, dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite für die Digitalisierung gewinnen.

Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir wollen, dass Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft. Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren können. Zudem werden wir die Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Hochschulen sind seit jeher ein wichtiger Ort für Innovationen. Mit einer Kultur des Mutes wollen wir junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen. Dazu muss das Thema Unternehmensgründungen stärker in der Lehre verankert und müssen Gründungsfreiemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an Hochschulen sollen ein Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“ bekommen.

Grüne GRÜNE Wirtschaftspolitik will Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Stoffkreisläufe in Produktionsabläufen und in den Produkten alltäglich machen. Indem wir das vorantreiben, stärken wir dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Wir machen die sächsische Wirtschaftsförderung unbürokratischer und übersichtlicher und richten sie stärker auf die innovativen kleinen und mittleren sowie auf am Gemeinwohl orientierten Unternehmen aus. Für uns muss Wirtschaftsförderung mit öffentlichen Mitteln auch soziale, ökologische und Gemeinwohlkriterien im Blick haben. Branchen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft oder der Dienstleistungssektor dürfen bei der Vergabe von Fördermitteln gegenüber technologieorientierten Unternehmen nicht benachteiligt werden.

Insbesondere kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchen Hilfe bei der Antragstellung und Abwicklung öffentlicher Förderung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme bei ihrer Umsetzung in Sachsen nicht durch unnötige Zusatzaufgaben des Landes verkompliziert werden. Nicht nur technologieorientierte Branchen stehen im Fokus. Wir setzen uns ebenso für das moderne Handwerk, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und den Sozial- und Bildungsbereich als Innovationsmotoren ein.

Wir wollen Gründer*innen voranbringen. In Großstädten sind in den letzten Jahren lebendige Startup-Plattformen entstanden. Wir wollen sie ausbauen und ihre Kooperation mit innovativen mittelständischen Unternehmen, die bereits am Markt sind, unterstützen. Die Gründungsberatung wollen wir mittels eines Gutscheinsystems vereinfachen. Für Frauen als Existenzgründerinnen wollen wir ein spezifisches Förderprogramm entwickeln.

Linke Dies kann mit einer Existenzgründungsförderung, z.B. mit Gründungszuschüssen der Agentur für Arbeit oder einer Gründungsprämie gelingen, insbesondere für Bevölkerungsgruppen, die bisher Zugangsbarrieren und weiteren Nachteilen ausgesetzt waren.

AfD Mittelstand und Industrie prägen die deutsche Unternehmenslandschaft. Beiden gilt unsere volle Zuwendung. Während der Mittelstand überproportional durch Bürokratie gehemmt wird, wird die deutsche Automobilindustrie - durch die schleichende Abkehr von der Technologieoffenheit - geschwächt. Somit ergeben sich unterschiedliche Zielpfade zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Wir treten für die Abschaffung der Datenschutzgrundverordnung ein, ebenso wie für eine technologieoffene Forschung und Wirtschaftspolitik. Unsere Unternehmen und Betriebe müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

„Made in Germany“ hat in letzter Zeit an Strahlkraft verloren. Der deutsche Unternehmer- und Gründergeist muss wiederbelebt werden. Die Förderung kleiner oder forschungsstarker Unternehmen soll über geeignete Instrumente (z. B. Bürgschaften, Darlehen oder Steuernachlässe) erfolgen.

FDP Wir Freie Demokraten setzen uns mit Nachdruck für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ein. Hierzu gehören viele Faktoren: Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur, das weltbeste Bildungssystem, ein positives Investitionsklima und steuerliche Entlastungen. Wir brauchen aber auch eine Kultur der Eigenverantwortung, des Vorangehens und des Ausprobierens - eine Gründerkultur.

Dafür möchten wir wirtschaftliches Grundwissen durch die flächendeckende Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“ schon in der Schule stärken, die Finanzierung von Unternehmensgründungen erleichtern und dafür sorgen, dass auch im Scheitern immer die Chance für etwas Neues liegt. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründer müssen so weit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist. Hierzu braucht es eine zentrale behördliche Anlaufstelle für Gründer.

3. Eine nachhaltige Entwicklung ist unumgänglich, um die schwindenden natürlichen Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen, besser zu schützen:

a) Welchen Raum nehmen Fragen der nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Politik ein?

CDU

Auch hier haben wir uns als CDU in unserem Europaprogramm positioniert. Unser Europa versöhnt Ökonomie und Ökologie. Unser Europa setzt auf intelligenten technischen Fortschritt. Unser Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern. Das bietet echte Lebenschancen und schafft Zukunftsjobs. Wir wollen die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen. Wir brauchen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit konkreten Maßnahmen. Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. Hierfür stehen beispielhaft funktionierende Wertstoffkreisläufe.

Für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit wollen wir durch strategische Förderung von Zukunftstechnologien digitale Weltmarktführer der Zukunft entstehen lassen. Dazu setzen wir auf ein Innovationsbudget und auf die Unterstützung von Start-Ups durch einen Zukunftsfonds. Für die ökologische Nachhaltigkeit ist für uns ein effizienter und wirksamer Klimaschutz durch eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen wichtig. Zudem wollen wir die Plastikflut in den Weltmeeren beenden. Dazu setzen wir auf eine EU-weite Strategie zur Vermeidung von Plastik und auf internationale Abkommen zur Plastikvermeidung. Ein besonders wichtiges Beispiel für die soziale Nachhaltigkeit ist für uns die Nutzung neuer Technologien und Daten, um durch Spitzenforschung konkrete Fortschritte für die Menschen zu erreichen, beispielsweise bei der Bekämpfung von Krebs und Alzheimer. Soziale Nachhaltigkeit ist für uns aber auch die nachhaltige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme.

SPD

Nachhaltige Entwicklung zieht sich wie ein roter Faden durch unser politisches Programm. Für die SPD bedeutet nachhaltige Entwicklung wirtschaftlichen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft global zusammen zu denken. Um eine nachhaltige Entwicklung zu sichern, müssen wir ökonomisches Wachstum ökologisch und sozialgerecht gestalten. Es muss uns gelingen, innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten eine Entwicklung zu verwirklichen, die Wohlergehen für alle schafft. Eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkinder zu bewahren und langfristige Wachstumsperspektiven zu schaffen. Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und

Ausdruck internationaler Solidarität. Daher setzt sich die SPD für ein nachhaltiges und inklusives Wirtschaftsmodell ein, das unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen schützt sowie alle in der Wertschöpfungskette beteiligten Akteure am Ertrag beteiligt. Dazu gehört beispielsweise, dass Handelsabkommen bindende Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten. Menschenrechte und internationale Vereinbarungen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder das COP21-Klimaabkommen müssen umgesetzt werden. Bei ihrer Verletzung sollen Sanktionen greifen. Nachhaltigkeit ist mit den entfesselten Marktkräften nicht vereinbar. Deshalb wollen wir auch im Inland verhindern, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung nicht zur Ware werden.

Grüne Das ist einer der wesentlichen Grundsätze unserer Politik. Wir GRÜNE sind die Partei des Umwelt- und Naturschutzes. Die Menschen brauchen den Schutz der Pflanzen und Tiere nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch weil er die grundlegende Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften ist. Wir Menschen leben von der Natur und ihrer Vielfalt. Deshalb stehen Natur- und Umweltschutz in diesem Programm am Anfang. Wir müssen alles dafür tun, die Artenvielfalt bei uns in Sachsen zu erhalten und zu vermehren. Nach wie vor gilt: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dem Artensterben müssen wir dringend etwas entgegensetzen. Ohne intakte Ökosysteme, ohne den Erhalt der Biodiversität, ohne den Schutz von Boden, Luft und Wasser können wir das Versprechen an unsere Kinder und Kindeskiner nicht einlösen, ihnen gesunde Lebensgrundlagen zu hinterlassen. Uns ist eine verlässliche und konsequent durchdachte Politik für Naturschutz und Artenvielfalt ein Kernanliegen. Ökosysteme müssen sich in ihrer Vielfalt regenerieren und erhalten können. Wir wollen daher den Umwelt- und Naturschutz ins Zentrum der sächsischen Politik rücken.

Linke Nachhaltige Politik nimmt in unserer Partei breiten Raum ein, die auch kontinuierlich mit Partnern, wie Verbänden oder Gewerkschaften, beraten wird. Im Rahmen der Betrachtung ökonomischer, ökologischer und sozialpolitischer Fragestellungen ist die Politik geleitet vom ganzheitlichen Grundgedanken, sich an einer nachhaltigen Entwicklung in Thüringen und darüber hinaus auszurichten. Es geht im Besonderen um die Verantwortung für Mensch und Natur in Gänze, z.B. um Fragen der regionalen Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Belange in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. In diesem Sinne wird auch die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie ausgestaltet und weiterverfolgt.

AfD Nachhaltigkeit beinhaltet ökonomische, soziale und ökologische Faktoren. Der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen, eine starke Gesellschaft und eine zukunftsfähige Wirtschaft müssen dafür in Einklang gebracht werden.

FDP Wir fordern ein Europa, das unser Klima schützt. Wir wollen eine europäische Energie- und Klimapolitik aus einem Guss. Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Durch die Chancen der Innovation können wir Klimapolitik neu denken. Denn Technologieoffenheit und Wettbewerb bieten Potential für die besten Lösungen. Zudem lässt sich im Weltmaßstab nur etwas mit europäischen und internationalen Lösungen bewegen. Denn auch hier bringen uns nationale Alleingänge nicht weiter.

Wir fordern einen schnellen Einstieg in ein effektives internationales System, das weltweit marktwirtschaftliche Anreize zur Reduktion der CO₂-Emissionen in allen Sektoren setzt. Auch auf anderen Feldern des Umwelt- und Naturschutzes wollen wir Marktanreizen und unternehmerischen Innovationen mehr Geltung verschaffen. Nicht mit Verboten wollen wir nachhaltige Veränderungen erreichen, sondern mit innovativen Technologien. Dabei setzen wir auf die Verantwortung von Unternehmen und Verbrauchern für die Nachhaltigkeit ihrer Produkte und ihren Konsum. Hier wollen wir das Verursacherprinzip stärken.

b) Sehen Sie die Notwendigkeit, noch mehr für den Schutz von Klima und Umwelt zu unternehmen?

CDU Wie von Europäischem Rat und EP gefordert, hat die Kommission am 28. November 2018 eine Langfriststrategie für Emissionsreduktionen im Einklang mit dem Pariser Abkommen vorgelegt („Ein sauberer Planet für alle“, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6543_de.htm). Sie zeigt auf, wie Europa bis zum Jahre 2050 auf dem Weg zur Klimaneutralität vorangehen kann. Zweck dieser langfristigen Strategie ist es nicht, neue Zielwerte vorzugeben, sondern Orientierung zu geben. Allerdings baut die Strategie auf rechtlich verbindlichen Klimazielen für 2030 auf. Mit ihrer Zusage einer 40%igen Emissionsminderung bis 2030 im Rahmen des Pariser Klima-Abkommens nimmt die EU weiterhin eine Vorreiterrolle ein. Dies kann als industrie- und beschäftigungspolitische Chance gesehen werden, eine europäische Führungsposition bei Zukunftstechnologien auszubauen, zu verteidigen oder zurückzugewinnen. Hierzu müssen Klimaziele v.a. durch eine entsprechende forschungspolitische Schwerpunktsetzung flankiert werden, etwa im mehrjährigen Finanzrahmen der EU.

SPD Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Denn damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Deutschlands Industrie soll möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestaltet und eine CO₂-neutrale aber gleichzeitig bezahlbare Energieversorgung sichergestellt werden. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Es braucht weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa. Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen europaweit gezielt durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt werden. Ein Transformationsfonds soll strategische Investitionen zur Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten forcieren, hochwertige Beschäftigung sichern und neue wirtschaftliche Chancen ermöglichen.

Grüne In Sachsen muss überhaupt erst einmal mit Klimaschutz begonnen werden. Die Emissionen sind in den letzten Jahren angestiegen. Also muss sehr viel mehr getan werden.

Linke Wir sehen unbedingt eine Notwendigkeit, noch mehr für den Schutz des Klimas und der Umwelt zu unternehmen. Die seit nunmehr mehreren Monaten anhaltende Aktion „Fridays for future“ durch Jugendliche in vielen Ländern der Welt macht die Tragweite der Klimagefährdung besonders deutlich. Klimawandel ist keine Fiktion, sondern bereits in seinen Folgen spürbar. So hat beispielsweise der Hitzesommer 2018 den Thüringer Wäldern und der Landwirtschaft schwer geschadet. Auch deshalb rücken Fragen der Nachhaltigkeit allerorten in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Inzwischen werden Antworten in der Thüringer Politik konkreter. Beispielsweise wurde im Dezember 2018 das Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beschlossen.

AfD Die AfD widerspricht dem Klimawandel nicht. In allen Klimazonen der Erde - von tropisch bis polar - wandeln sich Klimata naturgesetzlich, seitdem die Erde besteht. Konstantes Klima gibt es nur in menschlichen Betrachtungszeiträumen. Die Strahlungsaktivität von CO₂ im IR Bereich ist unumstritten. Durch die Komplexität weiterer dominanter Größen wie Sonneneinfluss, der kosmische Einfluss, die physikalisch-chemischen Einflüsse der Atmosphäre und weitere zu beachtenden Größen wird das Klima auf unseren Planeten bestimmt. Deshalb bezweifeln wir aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige globale Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Existentiell wichtig ist dagegen der Schutz der Umwelt, Ozeane, Böden und des Grundwassers. Hier können moderne Umwelttechnologien „Made in Germany“ positiv wirken, gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern wo die Umweltzerstörung weiter fortschreitet.

FDP Deutschland kann mit den Klimaschutzzielen und den dazu in Angriff genommenen Aktivitäten nicht viel ausrichten, wenn wir unsere Klimapolitik nicht international öffnen und global Anreize setzen Treibhausgasemissionen zu vermeiden. Hierzu wollen wir die Möglichkeiten des Pariser Abkommens zur internationalen Nutzung von Marktmechanismen und Kooperationen konsequent nutzen und dadurch den ökonomischen Spielraum für ambitionierteren Klimaschutz schaffen.

c) Wie sollte Ihrer Ansicht nach die Energiewende gemeistert werden? Ist eine Energiewende überhaupt notwendig?

CDU Die Energiewende kann nur kosteneffizient gelingen, wenn Wettbewerbsmechanismen greifen und der Energiebinnenmarkt weiter vertieft wird. Hierzu bedarf es vor allen Dingen einer Schließung der fortbestehenden Lücken der europäischen Netzinfrastruktur, die in einem gemeinsamen Prozess identifiziert und festgelegt worden sind. Die im Dezember 2018 erfolgte Einigung zwischen Rat und Parlament auf die vorgeschlagene Reform des Strom-binnenmarktes war ein wichtiger Meilenstein.

Die Sektorkopplung von Technologien und Speichern ist auf allen Ebenen ein entscheidender Aspekt bei der Umsetzung der Energiewende. Der Einsatz solcher Technologien ist bereits möglich und soll künftig durch Anreizmechanismen auf wirtschaftlicher Basis weiter vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang brauchen wir unter anderem auch weiterhin eine Förderung hinsichtlich der Forschung und Entwicklung von marktreifen Speichertechnologien, die sektorübergreifend zum Einsatz kommen können, damit die Energieversorgung der Zukunft sicher, sauber und bezahlbar ist.

SPD Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Deutschen Energiewende. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Erneuerbare Energien aus Windkraft (Off- und Onshore) und Sonnenenergie sind langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung. Sie machen uns unabhängig von Öl, Erdgas und Uran aus Konfliktregionen. Sie tragen zur lokalen Wertschöpfung bei und zu einem fairen und CO₂-neutralen Energiemarkt. Damit die Energiewende erfolgreich fortgeführt werden kann, müssen die verschiedenen Energiesektoren stärker verbunden werden. Durch Sektorenkopplung soll die Energiewende noch stärker in den Wärme- und Verkehrssektor getragen werden. Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung sowie die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen. Der zügige Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsebene ist für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung. Bestehende Stromleitungen sollen mit Hilfe neuer Technologien besser ausgelastet werden. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen und die Transformation sozial gerecht gestalten. Zur Energiewende gehört auch, dass der öffentliche Gebäudebestand sowie der öffentliche Nahverkehr zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickelt wird.

Grüne Ohne Energiewende können wir die selbst gesetzten Klimaschutzziele von Paris nicht ansatzweise erreichen. Wichtige strategische Instrumente sind jetzt ein verbindlicher Kohleausstieg und die Reformation des Systems aus Steuern und Abgaben im Energiebereich mit dem Focus auf CO₂-Bepreisung mit einem sozialen Ausgleich wie in der Schweiz.

Wir wollen in Sachsen zudem ein Klimaschutzgesetz und ein neues Klima- und Energieprogramm mit dem Ziel einer völligen Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr.

Linke Da Klimafragen vielfach auch mit der Art der Energieversorgung im Zusammenhang stehen, ist natürlich eine Energiewende unbedingt erforderlich. Beispielsweise hat die seit vielen Jahren genutzte Kohle als Energiequelle der Natur schwere Schäden zugefügt, weswegen auch der Ausstieg spätestens 2030 vorgesehen ist. Die Zukunft gehört ausschließlich den erneuerbaren Energien, die fast unbegrenzt zur Verfügung stehen und nur klug und umweltschonend in Elektro- und Wärmeenergie umgewandelt werden müssen. Zu einer Energiewende gehört aber auch das Sparen von Energie mit Energieeffizienzmaßnahmen. Darüber hinaus gibt es auch noch viele ungenutzte „Kraftwerke“, z.B. große Dächer, Bahndämme oder Autobahnrandstreifen, die mit Solaranlagen ausgerüstet werden sollten. Ebenso sind Speicher unabkömmlich für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft. Deshalb werden wir uns für technologieoffene Speichersysteme einsetzen als Beitrag für eine Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbare Energien.

AfD Die Energiewende der Bundesregierung - als Sonderweg der globalen Energieerzeugung - lehnen wir ab. Die Energiewende fußt auf Aussagen des Weltklimarates, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien. Diese basieren aber allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.

Der menschengemachte Anteil oder gar die Steuerung des Klimas durch den Menschen sind wissenschaftlich nicht belastbar. Eine versorgungssichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiepolitik ist ein breiter Energiemix aus Kernkraft, fossilen Energieträgern, Wasserkraft und Geothermie. Die Energiepolitik muss sich wieder an ökologischen ebenso wie volkswirtschaftlichen Faktoren und der Versorgungssicherheit orientieren.

FDP Eine Energiewende ist zur Dekarbonisierung bzw. Klimaneutralisierung der Energieerzeugung unbedingt nötig. Wir wollen die Energiewende mit Marktkräften erreichen. Ein technologieoffener Wettbewerb kann einen kostengünstigsten Weg zu den EU-Klimazielen weisen. Hierzu wollen wir den EU-Emissionshandel auf die Sektoren Verkehr und Wärme erweitern und damit wirksame Preissignale für die Investition besonders in umweltfreundliche Energieträger setzen.

4. Wasserkraft als verlässliche Energieressource:

a) Welchen Stellenwert hat die Nutzung der Wasserkraft in Ihrer Partei bei der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung?

CDU Der europaweite Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien ist uns besonders wichtig – nicht nur in einzelnen Ländern. Wir wollen den europäischen Energiemarkt dazu stärker vernetzen und Innovationen fördern. Denn ein funktionierender Energiebinnenmarkt erhöht die Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung in Europa. Vor allem brauchen wir die noch bessere Verknüpfung des Stromnetzes in Europa sowie eine verstärkte Sektorkopplung im energetischen Bereich. So können wir die unterschiedliche Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien noch besser ausgleichen und den Mix unterschiedlicher Energieträger in Europa noch besser nutzen.

SPD Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Damit die Energiewende erfolgreich fortgeführt werden kann, müssen die verschiedenen Energiesektoren stärker verbunden werden. Anders als bei der Großen Wasserkraft fürchten wir, dass das Ausbaupotential der Kleinwasserkraft ist annähernd erschöpft ist. Auch aus ökologischer Sicht sehen wir hier mehr Risiken als Chancen. Die weiteren geringen Potentiale der kleinen Wasserkraft an den wenigen noch ungenutzten Querverbauungen sind als sehr gering anzusehen und wahrscheinlich finanziell nicht lukrativ.

Grüne Die Wasserkraft hat eine wichtige Funktion im neuen Energiesystem mit einem hohen Anteil fluktuierender Einspeisung aus Wind und Sonne. Laufwasserkraftwerke erreichen 4.000 Vollbenutzungsstunden unabhängig von kurzfristigen Wetterschwankungen. Sie sind durch die Möglichkeit des schnellen Anfahrens und Abstellens besonders gut zur schnellen Netzregelung geeignet. Speicherkraftwerke liefern genau dann, wenn es eine Differenz zwischen Angebot und Nachfrage gibt. Die Wasserkraft stellt also Systemdienstleistungen und Regelenergie bereit, die immer wichtiger werden.

Linke Bei der Wasserkraftnutzung hat z.B. Thüringen noch Ausbaupotenziale, wobei allerdings für die Gewässerökologie verträgliche Technologien angewandt werden sollten. Wasser aus der Natur ist dauerhaft verfügbar und verursacht keine schädigenden Emissionen. Ein Wasserkraftwerk (WKW) kann auch einen hohen Wirkungsgrad erzielen. Darüber hinaus können WKW die Funktion von Speichern übernehmen. Unterschieden wird zwischen Laufwasserkraftwerken, Speicherkraftwerken und Pumpspeicherkraftwerken.

AfD Wasserkraft garantiert eine weitgehend wetterunabhängige Energiegewinnung, anders als Wind- und Sonnenergie. Auch die bessere Modulierbarkeit gegenüber den meisten erneuerbaren Energien ist vorteilhaft. Für die AfD Fraktion kann die Wasserkraft auf regionaler Ebene eine sinnvolle Ergänzung des Energiemix sein.

FDP Wasserkraft ist als CO₂-freie und dezentrale Energiequelle ein wichtiger Teil eines klimafreundlichen Energiemixes. Bessere Rahmenbedingungen wollen wir über die CO₂-Bepreisung im Rahmen des weiterentwickelten EU-Emissionshandels erreichen. Auch alternative Energietechnologien müssen in einem fairen Wettbewerb bestehen.

b) Wie sieht Ihre Partei die zukünftigen Chancen der Kleinwasserkraft?

CDU Vgl. Antwort zu 4 a)

SPD Im Gegensatz zur großen Wasserkraft sehen wir die Potenziale der kleinen Wasserkraftanlagen dem Grunde nach als erschöpft an. Ausnahmen wollen wir nicht grundsätzlich ausschließen, halten aber eine Prüfung für unbedingt geboten. Den potenziellen Beitrag zur Netzstabilität durch die Einspeisung von Strom aus kleinen Wasserkraftanlagen sehen wir in der Abwägung zu Belangen des Naturschutzes.

Grüne Grundsätzlich ist sehr zeitnah für alle bestehenden Wasserkraftanlagen die ökologische Durchgängigkeit zu prüfen. Bei negativem Ergebnis sind Sofortmaßnahmen unter Berücksichtigung anderer Beeinträchtigungen am jeweiligen Fließgewässer zeitnah zu realisieren. Den Zubau kleiner Wasserkraftanlagen (weniger als 100 Kilowatt (kW) Leistung) sehen wir kritisch, da eine wirtschaftliche Betriebsführung bei gleichzeitiger Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zur Minimierung der ökologischen Auswirkungen nicht möglich erscheint.

Linke Kleinwasserkraftwerke haben in Thüringen eine hohe Bedeutung, was z.B. anhand der Energieleistung deutlich wird. Während im Freistaat die Gesamtleistung der etwa 200 WKW 31 MW beträgt, liegt die Leistung der meisten Anlagen bei unter 50 kW. Zudem verweist eine Studie der Bergischen Universität darauf, dass kleine WKW in Deutschland eine Milliarde Euro für den Netzausbau einsparen helfen und zur Netzstabilisierung beitragen.

AfD Sachsen ist weit voran geschritten beim Ausbau der Kleinwasserkraft. Das Potential ist weitgehend ausgeschöpft. Ausbaupotential sehen wir in der Modernisierung von Bestandsanlagen und den damit verbundenen Effizienzgewinnen.

FDP Kleinwasserkraft spielt als dezentrale und klimaschonende Energiequelle eine wichtige Rolle für eine sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energieversorgung. Ihre Wettbewerbsvorteile gegenüber Energieträgern mit hohen CO₂-Emissionen kann die Kleinwasserkraft in einem alle Wirtschaftsbereiche, zumindest auch den Verkehr und die Wärme, einschließenden Emissionshandelssystem ausspielen. Durch europaweit bessere Rahmenbedingungen für den Netzausbau und eine faire Gestaltung der Netzentgelte wird die Dezentralität der Stromerzeugung gefördert.

c) Wie beurteilt Ihre Partei das Ausbaupotenzial für die Nutzung der Wasserkraft?

CDU Nach Informationen des Bundesministeriums für Umwelt werden etwa 80 Prozent (20,9 TWh Regelarbeitsvermögen) genutzt. Das zusätzlich erschließbare Potential beträgt etwa fünf TWh (4,63 – 5,22 TWh). Diese Berechnung berücksichtigt bereits technische, ökologische, infrastrukturelle und andere Belange. Dieser Leistungszuwachs von fünf TWh wäre in erster Linie durch die Optimierung und Modernisierung oder die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen an bereits bestehenden Stauhaltungen möglich. Dabei entfallen mindestens 80 Prozent der technischen Zubbaumöglichkeiten auf große Gewässer und große Wasserkraftanlagen. Das geringe zusätzliche Potenzial von 20 Prozent rührt aus der langen Tradition der Wasserkraftnutzung in Deutschland und zeigt, dass die vorhandenen Möglichkeiten im Wesentlichen genutzt und erschlossen wurden.

SPD Vgl. Antwort zu 4 b)

Grüne Da Wasserkraftwerke also in hochwertige Lebensräume eingreifen und die Gewässerökologie verändern, muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Energiegewinnung in einem vernünftigen Verhältnis zu den ökologischen Folgen steht, welche zudem stets auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert werden müssen. Grundsätzlich muss dieser Zielkonflikt zwischen Wasserkraft und Naturschutz flussbezogen in einer strategischen Umweltprüfung betrachtet werden. Dabei sind die rechtlichen Anforderungen der EU-WRRL verbindlich und zeitnah umzusetzen. Als Maßstab sollten die Kernforderungen des Bundesamtes für Naturschutz (2014) herangezogen werden. Das Potenzial ist deshalb hier in Sachsen begrenzt. Bei Einhaltung der notwendigen ökologische Mindestkriterien sind in Sachsen kaum weitere Wasserkraftanlagen genehmigungsfähig. Unverbaute Fließgewässer sollen in jedem Falle erhalten bleiben. Den Neubau von Wasserkraftanlagen in Schutzgebieten (NSG und Natura-2000-Gebiete) wollen wir grundsätzlich ausschließen.

Linke Ausbaupotenzial wird vor allem im Erhalt, in der Modernisierung oder Reaktivierung vorhandener Anlagen gesehen, denen auch Vorrang vor einem möglichen Neubau von Anlagen gegeben werden sollte. Darüber hinaus sollten vorhandene Talsperren, für die möglicherweise die Stilllegung vorgesehen ist, für die Wasserkraftnutzung geprüft werden.

AfD Eine versorgungssichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiepolitik ist für die AfD nur durch einen Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft möglich. Da, wo die ökologische Verträglichkeit gegeben ist, sehen wir keinen Grund für einen weiteren Ausbau der Wasserkraft.

Die Topografie und die Niederschlagsmengen Deutschlands bilden allerdings natürliche Grenzen für die Wasserkraft.

FDP Das Nutzungspotential der Wasserkraft in Deutschland ist im Wesentlichen genutzt und erschlossen. Das heißt nicht, dass nicht noch das Potential zur Erweiterung und Ertüchtigung von Anlagen bestünde. Hierzu wollen wir durch eine Stärkung des Emissionshandels, einen besseren Netzausbau und eine faire Ausgestaltung der Netzentgelte beitragen. Die Förderung der Wasserkraft wollen wir europaweit vereinheitlichen und so Möglichkeiten schaffen, die Wasserkraftpotentiale europaweit zu erschließen. Dauersubventionen wollen wir indes langfristig abschaffen.

d) Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen nachhaltig und wirtschaftlich zu erhalten?

CDU Der Erhalt denkmalgeschützter und die Kulturlandschaft prägender Wasserkraftanlagen ist Teil der Bestandssicherung. Der Bereich des Denkmalschutzes wird mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

SPD Es werden selbstverständlich alle möglichen denkmalschützerischen Vorgaben eingehalten. Das gebietet schon der Denkmalschutz.

Grüne Durch Fördermittel auf Landesebene sollten solche technischen Denkmäler bei Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen finanziell unterstützt werden.

Linke Wir haben großes Interesse daran, dass denkmalgeschützte und die Kulturlandschaft prägende Wasserkraftanlagen nachhaltig und wirtschaftlich erhalten werden sollten. Einerseits haben diese auch einen hohen Wert in Bezug auf die Vermittlung von Wissen über die Art der energetischen Erzeugung in früheren Generationen, andererseits bieten sie hohes Innovationspotenzial, wenn sie zu modernen Anlagen umgestaltet werden.

AfD Historische Mühlenbetriebe sind Zeugnisse unseres kulturellen Erbes sächsischer Handwerkskunst. Die sächsische AfD-Fraktion unterstützt den Erhalt historischer Mühlenbetriebe.

FDP Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines europaweiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutz des europäischen Kulturerbes. Hierzu zählen auch die die Kulturlandschaft prägenden Wasserkraftanlagen. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese europaweit miteinander vernetzen. Die Gewinnung von privaten und institutionellen Mitgliedern soll dabei in ganz Europa mit besonderem Nachdruck verfolgt werden. Langfristiges Ziel soll es sein, mit dem „National Trust“ eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Eintritts- und gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen. Eine gesamteuropäische Dachorganisation stärkt die gesamteuropäische Identität und erhöht die Wertschätzung für unser gemeinsames kulturelles Erbe.

e) Wie will Ihre Partei die Arbeitsplätze im wirtschaftlichen Umfeld der Wasserkraft in Sachsen dauerhaft sichern und ausbauen?

- CDU** Der Ausbau erneuerbarer Energie schafft Arbeitsplätze. Die Wasserkraft trägt insbesondere für die regionale Wertschöpfung und die Erhaltung der Arbeitsplätze ihren besonderen Anteil. Energie aus Wasser zu gewinnen, ist sauber und die beste Lösung für unsere Umwelt. Wasserkraft bietet die Möglichkeit, Öko-Strom direkt vor der Haustüre der in der Wasserkraft arbeitenden Menschen zu produzieren. Diese Chance dann sollte man nutzen.
- SPD** Die Wasserkraft in Sachsen sichert vor allem in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze. Außerdem leistet die Wasserkraft, wenn auch in kleinem Umfang, einen wichtigen Beitrag zur regenerativen Energieerzeugung. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung in Sachsen haben wir dafür gesorgt, den Fortbestand der Wasserkraft zu sichern und die Wirtschaftlichkeit der Anlagen weiter zu gewährleisten. Dafür haben wir die Wasserentnahmeabgabe abgeschafft und uns dafür eingesetzt, einen Ausgleich zwischen notwendigem Natur- und Umweltschutz und den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber herzustellen. Diesen Weg wollen wir weitergehen.
- Grüne** Die bestehenden Arbeitsplätze wollen wir erhalten, indem unverhältnismäßige Belastungen wie die bis vor kurzem geltende (eingeführt von CDU/FDP) Abgabe auf die EEG-Vergütung vermieden werden.
- Neben den Hindernissen auf Landesebene müssen auch auf der Bundesebene Hürden abgebaut werden. Das betrifft vor allem das komplexe System von Steuern und Abgaben auf Strom, welches Geschäftsmodelle sowohl im Bereich der Sektorenkopplung und Speicherung als auch der regionalen Vermarktung von Wasserkraftstrom verhindert.
- Linke** Um im wirtschaftlichen Umfeld von WKW Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, sollten v.a. Spezialisten, wie z.B. Industriemechaniker, Elektriker/ Elektroniker, technische Zeichner und Kaufleute bedarfsgerecht ausgebildet werden. Sinnvoll in diesem Zusammenhang erscheint zudem, das Arbeitsplatzspektrum perspektivisch in den Blick zu nehmen und zu planen.
- AfD** Die AfD legt den Fokus auf den Um- und Ausbau bestehender Großanlagen. Viele Anlagen haben ein hohes Alter und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Bauvorhaben müssen schneller umgesetzt werden. Überbordende Regulierungen wollen wir, wenn nicht fachlich stichhaltig begründbar, auf den Prüfstand stellen. Realisierungsverzögerungen und Risiken sollen damit abgebaut werden.
- FDP** Durch den bevorstehenden Kohleausstieg wird Wasserkraft voraussichtlich als grundlastfähige Energieversorgung unverzichtbar sein. Zentral wird sein, nicht auch noch diesen Bereich durch Überregulierung herunterzuwirtschaften. Auch die von uns angestrebte Stärkung des Europäischen Emissionszertifikatehandels würde die Rolle der Wasserkraft in der Energieerzeugung nachhaltig stärken.

f) Was wird Ihre Partei unternehmen, um den Bau und die Reaktivierung von Wasserkraftanlagen zu fördern, damit deren Betrieb in einem ökologisch-ökonomischen Gleichgewicht ermöglicht wird?

- CDU** Pumpspeicherkraftwerke spielen bei der Speicherung von Energie im Rahmen der Energiewende eine wichtige Rolle. Ihnen gebührt besondere Beachtung und Förderung für die Umsetzung einer erfolgreichen Energiewende in Deutschland. Dies gilt dort, wo sich eine entsprechende Topografie für die Errichtung einer solchen Anlage bietet.
- SPD** Alle gesetzgeberischen Vorgaben müssen eingehalten werden.
- Grüne** Für die ökologische Modernisierung bestehender Anlagen sollen ausreichend Fördermittel aus Einnahmen der Wasserentnahmeabgabe bereitgestellt werden. Diese Mittel sollten vor allem durch Einbeziehung der Tagebaue erheblich ansteigen.
- Linke** Förderung von WKW erfolgt in Deutschland über das EEG, wobei es feste Vergütungssätze in Abhängigkeit von der Anlagengröße gibt. Auch die KfW-Förderbank unterstützt die Reaktivierung von Anlagen mit Darlehen. Um aber die Bau- und Erneuerungsrate weiter zu erhöhen, sollte aus unserer Sicht eine bessere Koordinierung zwischen EU, Bund und Ländern in Bezug auf die Ausrichtung der Förderprogramme Ziel sein.
- AfD** Die Wasserkraft ist seit Jahrhunderten Bestandteil der sächsischen Kulturlandschaft. Bei der Reaktivierung sollte stets eine Abschätzung zwischen ökologischer Zumutbarkeit und ökonomischer Notwendigkeit erfolgen. Es gibt zahlreiche Forschungsergebnisse und praxistaugliche Maßnahmen, die eine Verbindung von Wasserkraftnutzung und der Ökologie zulassen.
- FDP** Wir wollen durch einen weiterentwickelten EU-Emissionshandel die Preisanreize für treibhausgasarme Energieträger fördern. Stromerzeuger und -Lieferanten sollen mehr Verantwortung für die Garantie ihrer Leistung und die bedarfsgerechte Netzintegration übernehmen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten einen intelligenten Neustart der Energiewende: marktwirtschaftlich, effizient, technologieneutral, digital und smart. Dabei sollten die bestehenden kleinen Wasserkraftanlagen erhalten werden, sofern sie unter diesen Bedingungen wirtschaftlich zu betreiben sind. Auch die Reaktivierung und der Neubau von Anlagen müssen weiterhin möglich sein. Die von uns angestrebte Einführung eines offenen Leistungsmarktes und der forcierte Netzausbau wird ein wichtiger Schritt zur besseren Wirtschaftlichkeit von Wasserkraftanlagen sein, da sie wetter- und tageszeitbedingte Ausfälle in der Wind- und Solarstromproduktion teilweise ersetzen können und sich damit bessere Einnahmelmöglichkeiten eröffnen.

5. Warum sollten unsere Mitglieder und deren Angehörige und Familien Ihre Partei wählen?

CDU Unser Europa, wie es sich CDU/CSU vorstellen, macht uns alle stark. Es steht für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.

SPD Als Europa-Partei kämpfen wir für ein soziales Europa, für ein Europa des Friedens und ein Europa der offenen Grenzen – wir werden Europa nicht den Rechtspopulisten und Europegegnern überlassen. Die SPD setzt sich vielmehr dafür ein, den Zusammenhalt in Europa durch Investitionen in Land Leute zu stärken sowie die Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union schrittweise anzugleichen. Investitionen in ein starkes Europa sind aus unserer Sicht die beste Grundlage für eine gute Zukunft auch in Deutschland. Die SPD will investieren: in gute Arbeit zum Beispiel, in Infrastruktur, damit wir Ungleichheiten abbauen können. In soziale Sicherheit. Das schaffen wir nur, wenn auch die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken.

Grüne Weil der Klimaschutz für uns Priorität hat, wir die bestehenden Wasserkraftanlagen bei der ökologischen Modernisierung und dem Denkmalschutz unterstützen und wir Innovationen ermöglichen wollen.

Linke Unsere Partei sollte gewählt werden, weil sie sich seit vielen Jahren für eine sozialere Ausrichtung der Politik sowohl in den Bundesländern als auch auf der Ebene des Bundes und darüber hinaus einsetzt. Dabei werden aber weitere wichtige Bereiche des Lebens mit in den Blick genommen, wie die wirtschaftliche Tragfähigkeit sowie die Umweltverträglichkeit von Prozessen. Dies betrachten wir als nachhaltige Politik im ursprünglichen Sinne.

AfD Eine Wahlentscheidung muss nicht von einem Thema abhängig gemacht werden.

1. Die Bewahrung des gesellschaftlichen Fortschritts ist unser oberstes Ziel. Die über 400 Jahre bestehende Säkularisierung garantiert alle im Grundgesetz verankerten Freiheiten. Bestrebung dagegen gehören nicht zu uns.

2. Eine falsche Energiepolitik stellt den technologischen Fortschritt in Frage und gefährdet Arbeitsplätze. Energie gewährt Wohlstand und eine hohe Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Dabei muss die bedarfsgerechte und bezahlbare Versorgung unabdingbar sein.

3. Kinder sind das Fundament unseres Fortschritts, unseres Wohlstands, unserer Gesellschaft. Die Bildungs- und Familienpolitik muss wieder den richtigen Stellenwert erhalten. Kinder müssen uns willkommen sein. Die Familien- und Bildungspolitik werden wir im Besonderen fördern.

FDP

Gerade jetzt in Zeiten des Populismus von rechts, wie auch von links braucht Europa eine starke Stimme in der Mitte, für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Im Europäischen Parlament wollen wir Freie Demokraten die Reformen und Initiativen anstoßen, die Europas Zukunft so dringend erfordert.

1. Ein besseres Europa: Wir wollen, dass sich Europa den großen Aufgaben unserer Zeit widmet. Dazu müssen wir Europa dort stärken, wo die Mitgliedstaaten zusammen mehr erreichen können. Denn Europa darf sich nicht im „Klein-Klein“ verlieren.

2. Eine gemeinsame Stimme: Europa muss in außenpolitischen Fragen an einem Strang ziehen. Das heißt: ein echtes gemeinsames „EU-Außenministerium“, eine Europäische Armee und transparente sowie klare Einwanderungsregeln, die steuern und ordnen.

3. Chancen durch Innovation: Die EU hat das Potenzial, weltweit Innovationsvorreiter zu werden. Wir wollen mit neuen Technologien den Sprung in die Zukunft schaffen.

Wasserkraftverband Mitteldeutschland e.V.
Präsident: Alexander Düsterhöft

Geschäftsstelle:
Schützengasse 16
01067 Dresden

Tel.: 0351 418 833 612
Fax: 0351 418 833 617

E-Mail: info@wasserkraftverband.de
Internet: www.wasserkraftverband.de

VR Amtsgericht Leipzig